

Presse-Info

26.12.2009

SPERRFRIST: Freitag, 26.12.2009, 12 Uhr

Interview mit Dr. Detmar Doering, Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, zur Studie „Wirtschaftliche Freiheit in den Bundesländern 2008“

Der Bericht der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit über die wirtschaftliche Freiheit in den Bundesländern hat in den vergangenen zwei Jahren eine erfreulich große Aufmerksamkeit gefunden. In diesem Jahr haben wir die Studie auf der Datenbasis des Jahres 2006 aktualisiert. Dazu Fragen an **Dr. Detmar Doering**, Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, welche die Studie in Auftrag gegeben hat.

Herr Doering, Sie haben nunmehr die dritte Auflage der Studie zur wirtschaftlichen Freiheit in den Bundesländern vorgelegt. Was ist Ihr Fazit?

Doering: In der aktuellen Ausgabe führt erneut Bayern den Vergleich der Länder an, vor Baden-Württemberg. Die wirtschaftliche Freiheit in den ostdeutschen Ländern ist im Durchschnitt geringer als in den alten Bundesländern, vor allem deshalb, weil die Staatstätigkeit in den neuen Ländern erheblich größer ist.

Aber die neuen Länder holen auf...

Doering: Ja. Auffällig ist, dass der Abstand zwischen dem Durchschnitt der alten und der neuen Länder seit 1994 immer kleiner geworden ist; eine wirkliche große Lücke ist da nicht mehr.

Auf dem letzten Platz hat sich ebenso wenig verändert wie an der Spitze...

Doering: Ja, Berlin liegt am Ende der Rangliste, weil dort der Staatskonsum besonders hoch ist, besonders viele staatliche Subventionen gezahlt werden und ein besonders großer Teil der Erwerbstätigen beim Staat beschäftigt ist. Erfreulich ist, dass im neuen Erhebungszeitraum alle Länder eine positive Tendenz aufweisen. Den größten Sprung machte dabei Sachsen, das sich um 0,6 Punkte verbesserte, den kleinsten Schritt nach vorne verzeichnen wir mit 0,1 Punkten bei Niedersachsen."

Sie messen in der Studie die wirtschaftliche Freiheit, was verstehen Sie eigentlich genau darunter?

Doering: Wirtschaftliche Freiheit ist dann gegeben, wenn die Menschen unbeeinflusst durch Zwang ihren Geschäften nachgehen, ihre Arbeitskraft und Güter nutzen und Güter produzieren oder tauschen können. Die wirtschaftliche Freiheit kann durch Regierungen und Parlamente beeinträchtigt werden, die durch Besteuerung sowie direkte oder indirekte Eingriffe in Märkte die Tauschfreiheit beeinflussen oder behindern. Die wirtschaftliche Freiheit ist aber auch dann nur eingeschränkt gegeben, wenn die Eigentumsrechte der Menschen vor Raub und Diebstahl nicht hinreichend geschützt sind.

Gab es ansonsten Besonderheiten bei der vorliegenden Studie?

Nun, 2007 war das erste Jahr, in dem sich die im Zuge der Föderalismusreform I beschlossenen Änderungen auf die Indikatoren zur Messung wirtschaftlicher Freiheit auswirken konnten. Das zeigt sich nach unserer Vermutung im positiven Gesamttrend. Die Auswirkungen der durch die Finanzkrise ausgelösten tiefen Wirtschaftskrise sind in dieser Studie angesichts der Datenbasis 2007 aber noch nicht enthalten. Sie werden auf die darin gemessene wirtschaftliche Freiheit voraussichtlich starke Auswirkungen haben.

Herr Doering, haben Sie vielen Dank für die Auskünfte.